

„Familien als Investoren erkennen“

Interview mit Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt-Universität Berlin

Stand: November 2005

Familien müssen in den Kommunen viel stärker als private Investoren erkannt und auch so behandelt werden, fordert Prof. Dr. Hans Bertram, Professor für Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Koordinator des Siebten Familienberichts.

Dazu bedürfe es großer Anstrengungen. Notwendig seien familienfreundliche Siedlungskonzepte für die Innenstädte, kommunale Anreize für eine stärkere soziale Durchmischung, ein anderes Verständnis von Bildung und Sozialarbeit und neue Arbeitszeit- und Kinderbetreuungsmodelle im Zusammenwirken von Kommunen, Unternehmen und Eltern.

Herr Bertram, welchen Stellenwert hat das Thema Familienfreundlichkeit zurzeit in der Kommunalpolitik?

In den relativ wirtschaftsstarken Kommunen und Landkreisen, wo es normal ist, dass beide Eltern arbeiten, wird in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert. Dort gibt es das Geld für eine angemessene Ausstattung an Bildung, Betreuung und Beratung.

Wenn Sie aber beispielsweise Städte wie Essen oder Berlin anschauen, dann gibt es dort einen enormen Bevölkerungsverlust, weil die jungen, leistungsstarken Familien häufig wegziehen. Die Nachwandernden oder Zurückbleibenden sind in der Regel sogenannte leistungsschwache Familien mit nicht deutschem Hintergrund. Daraus ergibt sich eine doppelte Polarisierung: zwischen den städtischen Leistungsträgern auf der einen Seite und den Leistungsschwachen auf der anderen Seite; die einen sind Singles bzw. kinderlos, die anderen leben in der Familie und haben häufig keine Arbeit.

Das hat ja nicht nur Folgen für das soziale Gefüge, sondern auch für die Wirtschafts- und Finanzkraft einer Kommune.

Ja, als neue Bedrohung für die Städte zeichnet sich sogar ab, dass die Unternehmen den leistungsstarken Familien nachwandern. In Oberitalien ist auf diese Weise zwischen Verona und Venedig eine ganz neue Stadt von etwa 2 Mio. Einwohnern entstanden, die noch auf keiner Karte verzeichnet ist. Die Menschen pendeln nicht mehr, sondern wohnen und arbeiten am selben Ort, die Infrastruktur hat sich entwickelt. Also noch ein Grund mehr, attraktive Siedlungsformen innerhalb unserer Kernstädte zu verwirklichen. Es gibt in jeder Stadt Industriebrachen und Altflächen von Bahn oder Bundeswehr, die sich dafür anbieten.

Eine der ganz großen Herausforderungen für die Städte ist, Familien nicht abwandern zu lassen, sondern als Investoren und Leistungspotenzial zu halten. Berlin verliert pro Jahr ca. 50 Mio. Euro an Einkommensteuer durch die Stadtfucht. Im Gegenzug eine Firma zu finden, die 50 Mio. Gewerbesteuer zahlt, ist nicht so einfach. Erst wenn wir uns vorstellen können,

dass am Brandenburger Tor Einfamilienhäuser gebaut werden können, haben wir eine familienfreundliche Stadt.

Wie beurteilen Sie den Trend zur Reurbanisierung, wie man ihn etwa in Leipzig beobachten kann?

Die Statistik sagt beispielsweise: 5.000 wandern ab, 3.000 wandern zu, also ist das ein Verlust von 2.000. Interessanter ist natürlich: Wer sind diese Personen? Die soziale Verteilung dieser Bewegungen habe ich ja eben beschrieben. Und wenn etwa in Dresden oder Leipzig eine verstärkte Geburtenrate zu beobachten ist, und nach einem Bevölkerungsverlust von über 200.000 Personen kommen nun einige zurück, sagt das noch nichts über einen dauerhaften Trend. Wegen einiger Industrieansiedlungen ziehen junge Leute in die Stadt, aber wenn sie selbst Eltern werden, ziehen sie doch häufig wieder ins Umland!

Die mittleren Städte von 60.000 bis 90.000 Einwohnern tun es den Großstädten gleich und weisen nun auch im großen Stil Baugebiete auf der grünen Wiese aus, um – so das Argument – eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu werden.

Was muss denn stadtplanerisch konkret passieren, damit Familien wieder in der Stadt wohnen wollen? Heute werden Städte ja auch als familienfeindlich empfunden, gerade wenn man einen bestimmten Anspruch an das Wohnumfeld hat.

Welche Bedürfnisse haben Familien, die an den Stadtrand ziehen? Sie bewegen sich dorthin, wo im Nachbarhaus auch Kinder wohnen, wo man Kontakte knüpfen und sich die Betreuung teilen kann und wo die Kinder unbeaufsichtigt draußen spielen können. Deshalb müssen diese Siedlungen aber weder am Stadtrand liegen noch so aussehen wie die Eigenheimsiedlungen der 50er und 60er Jahre.

Dass es heute so ist, hat drei Gründe: erstens die rigorose Trennung von Wohnen und Arbeiten. Diese Vorstellung von einer modernen Stadt, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt hat und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Kriegsfolgen dann auch realisiert wurde, ist noch in den Köpfen verankert. Alle denken, dass ein Stadtzentrum ein reines Geschäftszentrum ist, wo man nicht wohnt, und dass ein Industriegebiet Krach macht und man dort auch nicht wohnt. Das war vielleicht früher so. Heute hört und riecht man nichts mehr, selbst wenn es sich nicht um Dienstleistungen, sondern um Produktion handelt.

Zweitens geht es um die Siedlungsformen. Viele Städte gehen irrtümlich immer davon aus, dass sie hohe Geschossflächen brauchen, weil sie wenig Platz haben. Eltern wollen aber ihr spielendes Kind in Ruf- oder Sichtweite haben. Ein Karlsruher Städteplaner hat einmal vorgerechnet, dass der Flächenverbrauch für eine geschickte Reihenhausbebauung nicht größer ist als für fünfgeschossige Hochhäuser mit den entsprechenden Abstandsflächen. Drittens geht es um die Art, wie Arbeit und Arbeitszeiten organisiert sind. Viele Unternehmen sind da noch sehr konservativ und glauben, dass die Beschäftigten immer den ganzen Tag

anwesend sein müssen. In anderen Ländern, z. B. in den Niederlanden, ist der Anteil derjenigen, die zu Hause arbeiten, sehr viel höher. Es gibt doch heute in vielen Arbeitsbereichen die Möglichkeit, sich zweimal in der Woche zu treffen, um abzusprechen, was zu machen ist, und dann geht man nach Hause und arbeitet und kommuniziert über den Computer.

Es ist, glaube ich, kein Naturgesetz, dass Familien mit Kindern immer am Stadtrand im Grünen wohnen wollen, wenn man ihnen innerhalb der Stadt eine Alternative bietet. Und diese Möglichkeiten gibt es. Zum Beispiel in Berlin: Die Stadt ist so locker bebaut, überhaupt nicht hoch verdichtet, es ist überhaupt gar keine Frage, dass man in Berlin solche gemischten Wohngebiete schaffen kann mit kindzentrierten Gemeinschaftsmöglichkeiten und beispielsweise gemeinsamen Gärten. Nur eine gemischte Stadt, die alle Funktionen und Bedürfnisse berücksichtigt, auch die von Eltern und Kindern, kann auf Dauer die Familien in der Stadt halten. Nur sind die überhaupt nicht in den Lebensvorstellungen der Stadtplaner, die genau zu der ersten Gruppe gehören.

Ich würde gern noch einmal auf das soziale Gefüge im Zusammenhang mit der Stadtflicht und den darauf folgenden Verarmungstendenzen in den Städten zu sprechen kommen. An welcher Stelle müssen die Kommunen ansetzen?

In vielen Städten hat man immer noch nicht begriffen, was es für das soziale Gefüge heißt, wenn sie diese Schichten, die natürlich nicht nur das ökonomische Rückgrat einer Gesellschaft darstellen, sondern auch das Rückgrat des Sozialkapitals von Kommunen, einfach abwandern lassen. Denn die Gruppen, die wegziehen, sind ja gerade diejenigen, die bereit wären, sich in ihrem Stadtteil, im Kindergarten zu engagieren – das weiß man aus allen Untersuchungen. Es ist mühselig, dieses Potenzial durch Professionelle zu ersetzen, also durch Quartiersmanagement und Ähnliches.

Und dieser Prozess verstärkt sich noch: Immer mehr Eltern verlassen diese Quartiere, weil ihre Kinder schlichtweg auf eine Schule gehen sollen, wo Deutsch gesprochen wird. Selbst in Kommunen, wo Stadtteile große Probleme haben, wird kaum reagiert.

Was in Frankreich passiert ist, sollte den Entscheidern in den Kommunen doch eigentlich zu denken geben.

Ein Kollege von mir hat 1992 ein Buch geschrieben: „Das Aus in den Vorstädten“. Darin beschreibt er genau, was da im Augenblick geschieht. Das liest sich wie ein Regiebuch für das, was wir in Frankreich erlebt haben. Aber das Buch hat keine Konsequenzen gehabt, nichts ist passiert. Von daher glaube ich nicht, dass soziologische Prognosen in der Politik viel bewirken.

Aber da tickt doch eine Zeitbombe! Unsere Erfahrung ist, dass wir beim Thema demographischer Wandel auf offene Ohren stoßen, aber sobald es um die soziale Situation vor Ort geht und um die finanzielle Ebene, auf der entsprechende Prioritäten gesetzt werden müssten, kommen wir oftmals nicht weiter.

Das ist die deutsche Logik: Sie eröffnen eine Institution, dann kommen die Kinder dahin und als Ergebnis habe ich die Integration. Aber so funktioniert es nicht. Auch die Sprache allein ist kein Integrationsinstrument. Die Leute, die in Frankreich Rabatz gemacht haben, sprechen gut französisch. Integration funktioniert nur über die Eltern. Es gibt national, zum Beispiel in Solingen oder in Belm im Landkreis Osnabrück, und international eine Vielzahl von Projekten, die zeigen, wo man ansetzen kann.

In Baden-Württemberg gibt es Modellprojekte, die Jugendlichen ohne Schulabschluss die Möglichkeit geben, einen Auto- oder einen Staplerführerschein zu machen, oder es wird gleich eine ganze Lehre so in Einzelteile zerlegt, dass die Jugendlichen sich von einem kleinen Erfolg zum nächsten hangeln können und nicht von einem Scheitern zum nächsten. Die Frage ist doch, wie ich Angebote schaffen kann, die diesen jungen Leuten das Gefühl geben, dass die Gesellschaft sie braucht und dass sie sich bei bestimmten Dingen bewähren können. Bildung hat in unserem System den Nachteil: Wenn ich bestimmte Standards nicht erfüllt habe, komme ich nie mehr weiter.

Solche unbürokratischen Bildungsangebote sind sicher hilfreich. Sie haben dem Familienministerium ja auch ein Konzept vorgeschlagen, das sich auf neue Weise an benachteiligte Familien wendet.

Dabei geht es um relativ simple Dinge, die aber eine andere Logik verfolgen als die deutsche Institutionenlogik. Wir haben dem Familienministerium vorgeschlagen, stadtteilnah organisierte Elternzentren einzurichten, die eine Mischung aus professioneller und freiwilliger Arbeit mit dem Ziel verfolgen, ausgeschlossene oder benachteiligte Familien so niedrigschwellig wie möglich anzusprechen – und sei es nur zum Nachmittagskaffee –, um ihnen zunächst einmal ein Dazugehörigkeitsgefühl zu geben. Dieser Weg über die Familien ist ganz wichtig, auch für die Kinder.

Wie erreichen wir eine bessere soziale Mischung in den Kommunen?

Beispiel Chicago: Der amerikanische Kongress hat dort 5.000 Familien aus benachteiligten Bezirken einen Gutschein gegeben, damit sie umziehen können. Die Hälfte der Familien ist in Wohnbezirke gezogen, wo die soziale Kontrolle besser funktionierte und die Kinder weniger auffällig wurden. Chicago hat daraus die Konsequenz gezogen, die Wohnquartiere mit den klassischen Geschosswohnungsbauten abzureißen und – gewissermaßen als Maßnahme der Kriminalprävention – neue Wohnungen zu bauen, ohne diesen Anstrich vernachlässigter Quartiere und mit der Chance, sich wie Mittelschichtquartiere zu organisieren.

Aber statt diese teils leer stehenden Quartiere abzureißen, werden bei uns dort heute bevorzugt Aussiedler untergebracht, wie etwa in Berlin-Marzahn. So entstehen neue Gettos – das ist jetzt schon abzusehen. Man müsste – das gilt auch für die mittleren Kommunen – Anreize für die Menschen in den Problemquartieren schaffen, woandershin zu ziehen. Der Mietzuschuss, den die Kommunen aufwenden, ist ja nicht gerade gering. Da lohnt es sich doch einmal nachzudenken, ob das Geld richtig angelegt ist. Es gibt positive Beispiele für Sanierungen und Neubauten, die sozial funktionieren. Aber da muss eine Stadt auch bereit sein zu investieren.

Es gibt viele Erkenntnisse und gute Beispiele, wie Kommunen kinder- und familienfreundlicher werden können, aber die kommen in der Praxis einfach nicht an. Die Kommunen haben ja eine große Verantwortung, gerade für die Kinder aus sozial schwachen Familien, da kann man doch nicht noch mehr Zeit verlieren. Was muss sich in der Stadtpolitik ändern, um endlich zu Ergebnissen zu kommen?

Im Grunde genommen müsste es in den benachteiligten Gebieten doppelt so viele Angebote an Kindergärten, Krippen und Schulen geben wie in Mittelschichtstadtteilen. Und zwar nicht nur zur besseren Förderung der Kinder dort, sondern auch, weil es diese Stadtteile für andere Schichten attraktiver machen würde. Wenn Sie beispielsweise einen wirklich guten und flexiblen Betreuungsplatz suchen oder eine wirklich gute Ganztagschule, und die finden Sie nicht in Dahlem, sondern nur in Neukölln, dann bin ich mir nicht sicher, wie Ihre Wohnentscheidung ausfällt.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit ein lokales Bündnis für Familienfreundlichkeit funktioniert?

Ein lokales Bündnis für Familienfreundlichkeit braucht Mitspieler, die ganz handfeste gemeinsame Interessen haben. Wenn Sie beispielsweise ein Unternehmen haben, das viele junge Mitarbeiterinnen beschäftigt, ist das natürlich leichter für ein lokales Bündnis zu gewinnen als wenn Sie ein Unternehmen haben, in dem nur Männer arbeiten. Außerdem brauchen Sie Eltern, die sich engagieren. Und Sie brauchen drittens eine Kommune, die bereit ist, in diesem Bereich zu investieren.

In den meisten Kommunen gibt es Arbeitgeber, die man für familienfreundliche Ziele einbinden kann, beispielsweise Krankenhäuser, wo ja viele junge Frauen arbeiten – die aber aufgrund der Arbeitszeiten kündigen, sobald sie Kinder bekommen. Da muss man anknüpfen, die muss man mit ins Boot holen. Dann haben Sie auch jemanden, der aus Bordmitteln eine Versammlung organisieren oder einen Rundbrief verfassen kann.

Eine gute Schiene sind die Handels- und Handwerkskammern, die sich beispielsweise in Brandenburg für die lokalen Bündnisse stark machen, unter anderem mit dem Konzept, dass sich mehrere Betriebe zusammenschließen, um Teilzeitregelungen für junge Eltern aufzufangen.

Ein gutes Beispiel ist auch Bremerhaven mit seinem Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung. Um den Standort auch für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland attraktiv zu machen, haben die Bremerhavener eine phantastische Angebotsstruktur geschaffen, wie man die unterschiedlichen Lebensmöglichkeiten kombinieren kann: von der Kinderbetreuung bis zu Arbeitsplatzangeboten für die Ehepartner.

Und wenn die Unternehmen sich beteiligen, können Sie auch gegenüber der Kommune anders auftreten. Die Eltern allein, das muss man realistisch sehen, haben keine wirkliche Macht.

Das Interview führten Kerstin Schmidt und Beate Ramm am 11. November 2005 in Berlin.